



Klimavolksbegehren: Klimabudget nicht krisensicher

Das von der Regierung geplante Budget für Klimaschutz zeigt zaghafte Verbesserungen. Die Erhöhungen reichen mitnichten, um die Klimakrise effizient zu bekämpfen.

(21. März 2020) Die präsentierte Erhöhung des Klimabudgets spiegelt wider, dass Klimaschutz an Bedeutung gewonnen hat. Ernst gemeinter Klimaschutz muss aber, gerade im Hinblick auf eine krisensichere Wirtschaft, mit kräftigen Investitionen in die heimische Wertschöpfung und Regionalität einhergehen.

“Das 38 Mrd.-Euro-Hilfspaket gegen die wirtschaftlichen Schäden von Corona lässt erkennen, dass bei der Klimakrise nicht dieselbe Lösungskompetenz vorhanden ist. Während die eine Krise meisterhaft gemanagt wird, wird für die Verhinderung der anderen kein Hundertstel in die Hand genommen”, sagt Katharina Rogenhofer, Sprecherin des Klimavolksbegehrens.

100 Millionen Euro sollen in den Raus-aus-den-Öl-Bonus fließen, Klimaschutzförderungen aufgestockt werden – sonst sieht es mit den Versprechen sehr spärlich aus. Der große Wurf zur ökologischen Wende wird scheinbar verschleppt bis sich die Wirtschaft vom Corona-Schock erholt hat oder im schlimmsten Fall gänzlich abgesagt. Eine kluge Wirtschaftspolitik könnte jetzt jedoch daraus lernen und auf Nachhaltigkeit setzen – sozial, ökologisch und ökonomisch.

Aus der Krise lernen und gegensteuern

Gerade versagen internationale Transportketten, kleine regionale Betriebe stehen vor dem Aus, Arbeitsplätze lösen sich darum in Luft auf, Menschen in systemrelevanten, CO2-armen Berufen setzen sich verstärkt der Infektion aus, während eben diese am unteren Limit entlohnt werden, und die Familien, die in kleinen Wohnungen auf engem Raum mit Kindern doppelt belastet sind, leiden unter fehlenden Grünflächen in den Städten. Nicht auszudenken, was sommerliche Hitzewellen für das strapazierte Gesundheitssystem bedeuten könnten. Zusätzlich beutelt der Ölstreit zwischen Saudi-Arabien und Russland die österreichischen Märkte in dieser heiklen Phase – eine solche Abhängigkeit ist ein überflüssiger Kontrollverlust. All das kann und muss geändert werden. Mit massiven Investitionen in eine krisensichere, nachhaltige und regionale Wirtschaft.

“Wir sehen Fingerabdrücke von Nachhaltigkeit, doch der allgemeine Trend zeigt, dass die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden der Klimakrise von der Politik nicht verstanden werden. Die ArbeitnehmerInnen und heimische Betriebe weiterhin auf den Klimakollaps zurufen zu lassen, ist unverantwortlich und steht in schmerzlichen Kontrast zur derzeitigen Vorbildlichkeit der Regierung”, führt Rogenhofer aus.

“Wenn die 38 Milliarden und weiteren Konjunkturpakete richtig eingesetzt werden, können wir nicht nur durch Kurzarbeit und monetäre Unterstützung Arbeitsplätze und Betriebe kurzfristig auffangen, sondern eine krisensichere Wirtschaft bauen, die systemrelevante Arbeit gerecht entlohnt, zehntausende neue Arbeitsplätze schafft, Regionalität und Nachhaltigkeit fördert und unsere Geiselnhaft von fossilen Energien beendet. Es braucht auch bei der Klimakrise drastische Maßnahmen, um die Kurve abzuflachen“ - eine Kurve, die wohlgemerkt seit mehr als hundert Jahren exponentiell steigt”, schließt Rogenhofer.



Informationen & Bilder: <https://klimavolksbegehren.at/presse/>

Zum Klimavolksbegehren:

Das Klimavolksbegehren ist eine überparteiliche Initiative für mutige Klimapolitik in Österreich. Als unabhängige Stimme fordern wir gemeinsam BürgerInnen und anderen Organisationen die Politik auf zu handeln – für eine lebenswerte Zukunft. Mittlerweile gibt es über 500 Menschen in allen Bundesländern, die sich für das Klimavolksbegehren engagieren. Unsere Forderungen haben wir gemeinsam mit ExpertInnen aus der Klimawissenschaft, Umwelt-NGOs und anderen Organisationen ausgearbeitet.

Mehr dazu finden Sie auf unserer Website: klimavolksbegehren.at

Pressekontakt:

Mag. Kathrin Resinger, MA
Klimavolksbegehren | Leitung Team Presse
+43 (0) 677 63 751 340
k.resinger@klimavolksbegehren.at